

WILLKOMMENSKULTUR AKTIV MITGESTALTEN

In Sachsen gibt es derzeit zahlreiche Mobilisierungen gegen die Einrichtung neuer Asylunterkünfte. Im Gegensatz dazu gibt es jedoch auch viele Menschen, die sich für die Interessen von geflüchteten Menschen einsetzen und Möglichkeiten suchen, wie sie Unterstützung leisten können. Die Mobilen Beratungsteams des Kulturbüro Sachsen begleiten diese Prozesse.

.....MEHR AB SEITE 3

STADT WERDAU ÄNDERT RICHTLINIEN

Das Kulturbüro Sachsen setzt mit seinen Mobilen Beratungsteams seit 14 Jahren Kommunalberatung zu den Themenfeldern Demokratieentwicklung und Rechtsextremismus in Sachsen erfolgreich um. Dabei beraten und begleiten die Kolleg_innen Kommunalpolitik und Verwaltung und führen Fortbildungen durch. Eines von vielen Praxisbeispielen kommt aus Werdau.

......MEHR AB SEITE 6

INHALT

Ich bin ein interaktives Menu: Also bitte klick mich an!

VORWORT Grußwort
IN DER PRAXIS Willkommenskultur aktiv mitgestalten
PROJEKTE Pädagogisch kompetent? Mit rechten Jugendlichen?7 Neunzehn Namen aus Neunzehntausend8
GASTKOLUMNE Wie wirken Wirksiegel?9
AUF EINEN BLICK Tagungen / Veranstaltungen

VORWORT

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Partner_innen, liebe Freund_innen,

in diesen politisch bewegten Zeiten halten Sie den ersten Newsletter des Kulturbüro Sachsen e.V. in der Hand. Wir möchten Sie mit diesem Newsletter über aktuelle Themen unserer Beratungsarbeit in Sachsen informieren und Ihnen so die Gelegenheit geben, näher an unsere Projekte, unseren Beratungsalltag, unsere Netzwerke heranzurücken und mit uns gemeinsam neue sächsische Perspektiven zu Kommunalberatung, Fachcoaching, Gemeinwesenarbeit und Erinnerungskultur zu entwickeln.

Seit ca. drei Jahren ist das Kulturbüro Sachsen e.V. zu den verschiedenen Herausforderungen bei der Integration von Geflüchteten und Asylsuchenden in den sächsischen Gemeinden angefragt - ein Bereich der Kommunalberatung, für den das Kulturbüro Sachsen e.V. verschiedene Angebote in der Netzwerkarbeit, der Beratung und des Fachaustausches auf den Weg gebracht hat. Dazu gehören die Vernetzungskonferenzen "Asyl in Sachsen", die Begleitung von Willkommensbündnissen in vielen Landesteilen sowie die Beratung von Kommunalpolitik und Verwaltung bis hin zur Begleitung von Informationsveranstaltungen und die Auseinandersetzung mit rassistischen Mobilisierungen. Diese Erfahrungen bestärkten uns und unsere Partner_innen, diesem Thema zunehmend einen höheren Stellenwert in der Kommunalberatung einzuräumen.

Wir werden jetzt auf der Straße Augenzeug_innen von Entwicklungen, die uns Einstellungsstudien der vergangenen Jahre statistisch beschrieben. Diese Einstellungen fanden einerseits in der AfD einen parteipolitischen Arm und lassen sich andererseits über soziale Netze unter der Überschrift - Nein zum Heim – und jetzt sichtbar im öffentlichen Raum als Pegida und andere lokale Ablegern mobilisieren.

Neben den teilweise mobartigen Stimmungen auf Demonstrationen, im Netz und Informationsveranstaltungen gibt es jedoch immer mehr Menschen, die sich für eine gelingende Willkommenskultur einsetzen und dieses tatkräftig und engagiert tun.

Mit diesem Newsletter wollen wir ein klares Signal für alle diejenigen setzen, die sich engagiert dem Schutz von Minderheiten und Minderheitenrechten verpflichtet fühlen und für die dies zum Kernelement ihres Demokratieverständnisses gehört.

Die kräftezehrende ehrenamtliche Arbeit in Willkommensbündnissen und beim Eintreten für eine streitbare und gelebte Demokratie braucht Anerkennung für die Engagierten. Deshalb versuchen wir in diesem Newsletter mit dem "Wirksiegel" für Organisationen eine Anerkennungsmöglichkeit vorzustellen und in die Diskussion zu bringen.

In diesem Newsletter, der regelmäßig 2 x pro Jahr erscheinen soll, werden wir unsere Arbeit vorstellen, kritisch reflektieren, über Gelungenes und Streitbares berichten, und uns dabei sowohl der Unterstützung unseres wissenschaftlichen Beirats, unseres Vorstandes, aller Kolleg_innen und auch gerne der Kompetenz von Gastautor_innen bedienen.

Ich hoffe, Ihnen mit diesem Newsletter ein Angebot zu unterbreiten, das in aktualisierter Form unser (Dia)Logbuch Sachsen¹ um laufende Prozesse der Kommunalberatungergänzt und Ihnen so die Möglichkeit eröffnet, unsere Perspektive auf Sachsen zu teilen oder mit uns kritisch zu diskutieren.

Grit Hanneforth Geschäftsführerin





WILLKOMMENSKULTUR FÜR ASYLBEWERBER_INNEN AKTIV MITGESTALTEN

Als im Frühjahr 2014 eine breit angelegte Aktion der Leipziger Volkszeitung startete, welche für Pat_innen von Asylbewerber_innen warb, gab es reges Interesse in der Region Leipzig. Es blieb völlig offen, wie potentielle Pat_innen in Kontakt mit Asylbewerber innen kommen.

Die Redaktion versuchte unter anderem Ehrenamtlichen, die sich für Willkommenskultur engagierten, das Thema zu übertragen. Diese gerieten dabei deutlich an ihre Grenzen.

Zeitgleich wurden im Landkreis Nordsachsen – einem strukturschwachen Flächenlandkreis – geflüchtete Menschen zunehmend dezentral untergebracht. Diese Menschen benötigen mehr Unterstützung beim Zurechtfinden im Alltag. An dieser Stelle können Pat_innen beim Ankommen und Einfinden in die neue Lebenssituation eine große Hilfe sein.

So entstand im Arbeitskreis Mensch und Migration des Landkreises Nordsachsen, dem das Mobile Beratungsteam Nordwest angehört, die Idee, an vier Standorten im Landkreis eine Fortbildung anzubieten. Zum einen sollten mögliche Pat_innen angesprochen werden und ihnen rechtliche Grundlagen zum Asylverfahren, Gesundheitsversorgung, Unterbringung etc. vermittelt werden. Zum anderen sollte Raum für konkrete Absprachen und Vereinbarungen geschaffen werden.

Gemeinsam mit dem Sächsischen Flüchtlingsrat und den Jugendmigrationsdiensten des Landkreises Nordsachsen als Kooperationspartner wurde ein Curriculum für die Fortbildung entwickelt. Die Finanzierung durch den Lokalen Aktionsplan des Landkreises Nordsachsen ermöglichte die Fortbildungen in Schkeuditz, Oschatz, Eilenburg und Bad Düben. Hier wurden Menschen durch Pressearbeit, Werbung in Kirchgemeinden und bürgerschaftliche Initiativen gezielt angesprochen, ob sie sich als Pat in engagieren wollen. Das große Interesse an den Fortbildungen zeigte deutlich, dass sich viele Menschen engagieren wollen, jedoch häufig nicht wissen, wie sie Asylbewerber_innen in Heimen oder dezentralen Unterkünften erreichen können. Bei den zweitägigen Fortbildungen wurde nach einer umfangreichen Wissensvermittlung zu rechtlichen Rahmenbedingungen und Lebenssituation der Asylbewerber innen gemeinsam darüber reflektiert, welche Möglichkeiten und Grenzen die ehrenamtliche Arbeit im Rahmen von Pat_innenschaften hat. Hauptamtliche Flüchtlingssozialarbeit soll durch ehrenamtliches Engagement nicht ersetzt werden, sondern vielmehr ist ein durch Ehrenamt unterstütztes professionelles Handeln eine wesentliche Facette bei der Ausgestaltung einer lebendigen Willkommenskultur. Rechtliche Beratung oder Traumabewältigung hingegen überfordern ehrenamtliche Helfer_innen deutlich und sollen unbedingt dafür ausgebildeten Fachkräften überlassen werden.

Entscheidend waren schließlich die an die jeweilige Situation und konkreten Bedürfnisse angepassten Absprachen in den Orten. In Schkeuditz einigten sich die Teilnehmenden beispielsweise auf ein gemeinsames Teetrinken mit durch die Stadtverwaltung eingeladenen Asylbewerber_innen. Hier sollen in einem geschützten Raum erste Kontakte geknüpft werden und nachgefragt werden, welche konkrete Hilfe gebraucht wird. In Oschatz hingegen haben das Oschatzer Bündnis für Demokratie, Menschlichkeit und Toleranz und die evangelisch-lutherische Kirchgemeinde St. Aegidien die Koordination für die Pat_innenschaften übernommen: Sie versuchen weitere Pat_innen zu gewinnen und mit Asylbewerber_innen in Kontakt zu bringen. So kann eine Verbesserung der Situation für die Asylbewerber_innen gemeinsam erreicht werden.

Für die Beratungsarbeit des Kulturbüros waren die Fortbildungen ein Erfolg, da sie viele neue Zugänge in Kirchgemeinden, in Verwaltungen, zu Initiativen und Einzelpersonen ermöglichten. Das große Interesse am Thema stimmt hoffnungsvoll: Menschen wollen sich für Asylsuchende engagieren und ein anderes Bild ihres Wohnortes jenseits von Rassismus und Ausgrenzung zeigen.

Franz Hammer Mobiles Beratungsteam / Regionalbüro Nordwest

EIN BÜRGERGRÜN OHNE POPULISTEN – DIE HUFEWIESEN

EIN GASTBEITRAG DES HUFWIESEN TRACHAU E.V.

Im Herzen des Dresdner Stadtteils Trachau liegt ein weites, freies Areal: die Hufewiesen. Bis zur Wende als landwirtschaftliche Fläche genutzt, liegen sie seit den neunziger Jahren brach. Bäume und Sträucher wuchsen wild, die ehemaligen Felder wurden zur Wiese und durch die Bewohner des Ortsteils als Erholungsfläche und Spielplatz genutzt. Ein Reiterhof erhielt Teile des Geländes zur Zwischennutzung.

In dieser Zeit erwarb ein Immobilienunternehmen die Fläche, um darauf Wohnhäuser zu errichten. Rechtliche Bedingungen, unter anderem Hochwasser- und Lärmschutz, lassen allerdings keine Wohnbebauung zu. Verhandlungen zwischen Eigentümer und städtischen Ämtern führten zu keiner Einigung, alle beteiligten Parteien blockierten sich letztlich gegenseitig.

Um Druck auf die Stadtverwaltung aufzubauen, kündigte die Immobilienfirma dem Reiterhof im Jahr 2012 und sperrte die gesamte Fläche für die Bevölkerung ab.

Zu dieser Zeit gründete sich unser Verein, der Hufewiesen Trachau e.V. mit der Vision, auf dem Areal ein öffentlich zugängliches Bürgergrün zu schaffen. Es folgten intensive Verhandlungen mit allen Beteiligten: Eigentümer, Verwaltung und den demokratischen Parteien, aber auch mit Projektentwicklern, Wissenschaftlern und den Nachbarn im Stadtteil. Durch die intensive Öffentlichkeitsarbeit wurden die Hufewiesen zum Thema sowohl in der Stadtpolitik als auch in den Medien und ein wichtiges Thema im Dresdner Kommunalwahlkampf.

Anfang 2014 erschien auf unserer facebook-Seite ein Eintrag des NPD-Kandidaten René Despang. Er stellte darin eine Frage zum Ausgang einer Diskussion im Ortsbeirat Pieschen zu den Hufewiesen. Da er die Antwort auch von anderer Seite hätte erhalten können, werteten wir dies als recht hilflosen Versuch einer Kontaktaufnahme und einigten uns deshalb darauf, ihm nicht zu antworten.

Weitere Kommentare und Anfragen von Herrn Despang ließen nicht auf sich warten, so dass wir uns entschlossen, ihn auf unserer Facebook-Seite zu sperren.

Ein Meilenstein unserer Arbeit sollte die Präsentation der Ergebnisse einer von uns durchgeführten Umfrage zur Zukunft der Hufewiesen werden. Diese Umfrage fand in den Monaten November und Dezember 2013 statt, knapp 1.200 Menschen beteiligten sich. Neben organisatorischen Dingen beschäftigte uns während der Vorbereitungen besonders eine Frage: Was tun, wenn NPD-Anhänger auftauchen und versuchen, die Veranstaltung zu stören oder zu vereinnahmen? Von einigen Mitgliedern wurde aus Sorge vor Übergriffen - "die finden raus, wo ich wohne" - Ignorieren gefordert, manche forderten die Vermeidung der Verwendung von bestimmten Begriffen, beispielsweise "Nazi", um eine mögliche Eskalation zu verhindern. Andere Vereinsmitglieder wollten möglichen Störversuchen offensiver begegnen. Diese Diskussionen kosteten viel Zeit und banden Kapazitäten, die für andere Aufgaben dringender gebraucht wurden.

Da wir keine Einigung erzielen konnten, nahm ein Vereinsmitglied Kontakt zum Kulturbüro Sachsen e.V. auf und bat um Beratung. Das Mobile Beratungsteam diskutierte daraufhin mit uns über verschiedene Handlungsmöglichkeiten und stellte u.a. die Broschüre Umgang mit Nazis bei Saalveranstaltungen zur Verfügung. Wir verständigten uns über die Anwendung der Ausschlussklausel² während unserer Präsentationsveranstaltung sowie zu einer Stellungnahme gegen die Instrumentalisierungsversuche durch die NPD. Diese wurde dann gemeinsam mit dem MBT erarbeitet und auf unserer Website veröffentlicht: http://www.hufewiesen.de/?p=3538

Unsere lang vorbereitete Präsentation fand am 29. Januar 2014 im Goldenen Lamm, einem Vereinshaus in Dresden-Trachau, statt. Es war ein bewegender Abend: informativ, fundiert und mit einer sachlichen Diskussion. Weder René Despang noch sonstige NPD-Sympathisanten waren anwesend bzw. gaben sich als solche zu erkennen. Wir waren mit der Veranstaltung sehr zufrieden, natürlich auch darüber, dass es keine weiteren Vereinnahmungsversuche von Seiten der NPD gab.

Diese fanden dann am nächsten Tag statt, als Herr Despang einen facebook-Eintrag der Sächsischen Zeitung mit "Wer die Hufewiesen erhalten will, muß sein Kreuzchen bei mir machen..." kommentierte. Wir reagierten daraufhin mit der Bitte an die Sächsische Zeitung, den Despang-Kommentar zu löschen. Seither haben wir glücklicherweise nie wieder etwas von der NPD gehört.



Das Fazit

Zunächst waren einige Menschen im Verein sehr eingeschüchtert, aber die Diskussionen und die Unterstützung durch das Kulturbüro Sachsen e.V. haben zur Klärung unserer Position und zu mehr Sicherheit geführt. Seitdem engagiert sich der Verein auch verstärkt für ein demokratisches Gemeinwesen: Zum Trachenfest, dem von uns organisierten Nachbarschaftsfest, wurden im Mai 2014 Asylbewerberkinder eingeladen. Vereinsmitglieder beteiligten sich in diesem Jahr an den Mahnwachen anlässlich der Erinnerung an die Pogromnacht am 9. November 1938 bei den Pieschener Stolpersteinen und wir werden im Jahr 2015 einen Stolperstein für den Widerstandskämpfer Albert Hensel, der 1942 von den Nazis hingerichtet worden war, verlegen. Erste Kontakte mit den Flüchtlingen im Asylbewerberheim in Trachau wurden aufgenommen, um über sportliche und kulturelle Aktivitäten sowie gemeinsames Feiern ein friedliches Zusammenleben zwischen Flüchtlingen und deren deutschen Nachbarn zu gestalten.

Ronny Geißler Hufewiesen Trachau e.V.



POLITISCHE BILDUNG FÜR AUSZUBILDENDE DER VOLKSWAGEN SACHSEN GMBH

Im Jahr 2009 wandte sich das Volkswagen Bildungsinstitut Sachsen mit Sitz in Zwickau an das Kulturbüro Sachsen e.V. mit der Bitte um Unterstützung bei der Gestaltung von Unterrichtstagen im Themenfeld Politische Bildung bei ihren Auszubildenden. Hintergrund war ein Beschluss des Betriebsrates, in die Ausbildung insgesamt fünf Thementage zu integrieren. Volkswagen als international agierendes Unternehmen ist bestrebt, in seinen Betrieben und Einrichtungen für ein weltoffenes Klima, frei von rassistischen, neonazististischen und anderen Einstellungsmustern, die dem Themenkomplex der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zuzurechnen sind, zu sorgen. Darauf soll bereits bei den Auszubildenden hingewirkt werden.

Über einen längeren Zeitraum entwickelten wir in ständigem Austausch mit Vertreter_innen des Volkswagen Bildungsinstitutes zwei Thementage. Seit 2010 werden diese im ersten und zweiten Lehrjahr durch Mitarbeiter_innen des Kulturbüro Sachsen e.V. durchgeführt. Im ersten Lehrjahr setzen sich die Auszubildenden mit den Themen Demokratie und Beteiligung auseinander. Das Ziel besteht darin, die verschiedenen Facetten von Demokratie im politischen und Alltagsleben aufzuzeigen, sowie Möglichkeiten des eigenen Engagements gemeinsam zu erarbeiten.

Darauf aufbauend stehen im zweiten Lehrjahr die Themen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Neonazismus im Mittelpunkt. Die Auszubildenden sollen verstehen lernen, wie gesellschaftliche Abwertung und Ausgrenzung von Menschen entsteht und was es für diese Menschen bedeutet. Einen wesentlichen Schwerpunkt bildet das Agieren politischer Organisationen und Gruppierungen, wie z. B. von Neonazis, die gezielt politische und kulturelle Angebote gerade auch an junge Menschen unterbreiten.

Die Auszubildenden werden befähigt, diese zu erkennen und sich damit auseinander zusetzen, sowie eigene Positionen zu entwickeln, die sich an demokratischen Einstellungen und Handlungsweisen sowie an den Menschenrechten orientieren.

Neben der Vermittlung von Wissen bieten beide Thementage viel Raum für Diskussionen, eigene Auseinandersetzung und Meinungsbildung. Großen Wert legen wir darauf, den Teilnehmenden Raum für die Reflexion ihres eigenen Lebensumfeldes einzuräumen. Das Feedback der Auszubildenden macht deutlich, dass diese besonderen Ausbildungstage zwar eine Herausforderung sind, jedoch ebenso als Bereicherung empfunden werden.

Das Unternehmen misst dieser Form der Ausbildung eine besondere Bedeutung bei. Zum ersten Thementag im ersten Ausbildungsjahr begrüßen Vertreter_innen des Unternehmens, des Betriebsrates und der Auszubildendenvertretung die Teilnehmer_innen und eröffnen die Perspektive von Volkswagen auf diese Form der Ausbildung. Regelmäßig nehmen sie sich auch die Zeit, die Veranstaltungen gemeinsam mit den Jugendlichen und uns auszuwerten.

Die Thementage unterliegen so sowohl einer Reflexion durch die Teilnehmer_innen, Vertreter_innen des Unternehmens als auch durch die Teamer_innen. Ergänzt wird diese Form der Selbstevaluation durch Reflexion im Team des Kulturbüros e.V. Auf dieser Basis gelingt es, die Wünsche der Auszubildenden und des Unternehmens mit unseren Ansprüchen an qualitativ gute politische Bildung in Übereinstimmung zu bringen.

Perspektivisch ist es unser Anliegen die unmittelbaren Ausbilder_innen in die Schulung einzubeziehen, um eine produktive Auseinandersetzung mit den oben genannten Themen im Unternehmen zu fördern.

Solvejg Höppner Mobiles Beratungsteam / Regionalbüro Nordwest

STADT WERDAU ÄNDERT RICHTLINIEN

Die Stadtverwaltung Werdau (Landkreis Zwickau) erhielt vom Stadtrat den Auftrag, die Richtlinien für die Nutzung öffentlicher Einrichtungen anzupassen, um die Verbreitung von antisemitischen, rassistischen und (neo-)nazistischen Inhalten in öffentlichen Einrichtungen zu erschweren. Hintergrund war die Sorge, kommunal betriebene Einrichtungen könnten Schauplatz (neo-)nazistischer Veranstaltungen werden.

Die Mitarbeiter_innen der Verwaltung griffen zunächst die Regelungen anderer Kommunen auf, die jedoch häufig politische Veranstaltungen in kommunal getragenen Einrichtungen grundsätzlich ausschließen. Die daraus resultierenden Änderungen der Verwaltungsrichtlinie stießen allerdings auf Widerstand im Werdauer Stadtrat. Stadtratsmitglieder beklagten zu Recht, die angedachten Neuregelungen verbauten demokratisch orientierten Parteien und Wählervereinigungen grundsätzlich die Möglichkeit, öffentliche Liegenschaften für demokratische Aushandlungsprozesse und (Wahl-)Veranstaltungen zu nutzen. Deshalb erteilte der Stadtrat der Stadtverwaltung einen erneuten Auftrag, nach Regelungsmöglichkeiten zu suchen, die eine weitere Nutzung durch demokratischen Akteur_innen erlauben und gleichzeitig vor der ungewünschten Nutzung zur Verbreitung antisemitischer, rassistischer oder (neo-)nazistischer Inhalte schützen können.

Auf der Suche nach Partner_innen machte eine Stadtverwaltung im Vogtlandkreis die Werdauer Kolleg_innen Ende 2013 auf das Angebot der Mobilen Beratung aufmerksam. Ein mehrmonatiger Beratungsprozess begann.

Gemeinsam wurden zunächst die bisherigen Richtlinien und Vertragsgestaltungen gesichtet. Außerdem stellte das Mobile Beratungsteam Materialien mit Empfehlungen zu Nutzungsvereinbarungen von Liegenschaften oder Einrichtungen in öffentlicher Hand und Erfahrungen in der konkreten Umsetzung zur Verfügung. In mehreren Schritten wogen die Stadtverwaltung und das Mobile Beratungsteam ab, welche der Empfehlungen sich für die dortigen öffentlichen Einrichtungen der Stadt Werdau eignen.

Die entsprechend ergänzten Verwaltungsrichtlinie und Einzelverträge brachte die Stadtverwaltung als Beschlussvorlage in den Verwaltungsausschuss des Stadtrates ein. Darüber hinaus erarbeitete sie für die Stadträt_innen eine Synopse, die detailliert Auskunft zu den vorgeschlagenen Veränderungen gab und bereitete zudem eine inhaltliche Einführung zum Hintergrund und Zweck der Änderungsvorschläge für die Stadträt_innen vor. Das Mobile Beratungsteam nahm an der betreffenden Sitzung des Verwaltungsausschusses teil und unterstütze die Verwaltung in der Argumentation zur Begründung der Vorschläge sowie bei der Beantwortung der Fragen der Stadträt_innen. Im Ergebnis empfahl der Verwaltungsausschuss eine Bestätigung der Verwaltungsvorlage durch den Stadtrat.

Im nächsten Schritt diskutierten wir im Rahmen eines auf den spezifischen Bedarf der Adressat innen zugeschnittenen Fortbildungsprogramm gemeinsam mit allen am Vermietungsprozess beteiligten Mitarbeiter_ innen der Stadtverwaltung und der in Frage kommenden öffentlichen Einrichtungen, die konkrete Umsetzung der Richtlinien und Verträge. Es beinhaltete im ersten Teil eine fachliche Auseinandersetzung mit antisemitischen, rassistischen und (neo-)nazistischen Inhalten und deren mannigfachen Verbreitungsformen. Im zweiten Teil der Fortbildung erarbeiteten die Teilnehmer_innen eine Übersicht, welche Stellen und Personen konkret in den verschiedenen Phasen der Vertragsanbahnung, -prüfung und -bestätigung beteiligt sind. Außerdem warfen sie einen Blick auf die konkrete Veranstaltungsdurchführung: Wer ist am Veranstaltungsort, welche Ansprechpartner innen gibt es in problematischen Situationen? Wer nimmt konkret welche Verantwortung war? Es wurde deutlich, dass die unterschiedlichen Zuständigkeiten bei Vertragsgestaltung und der Veranstaltungsdurchführung innerhalb der Stadtverwaltung zu Unklarheiten bei den Mitarbeiter innen führten, die am Veranstaltungstag mit konkreten Aufgaben vor Ort betraut sind.

Um diese abzubauen, fand eine weitere Fortbildung unter Hinzuziehung der Polizei statt. Gemeinsam klärten die Teilnehmer_innen, wer in den verschiedenen denkbaren Szenarien potentieller oder tatsächlicher Verbreitung antisemitischer, rassistischer und (neo-)nazistischer Inhalte welche Schritte gehen kann, wer informiert und eingebunden werden muss. Dem Schutz der am Veranstaltungstag in den öffentlichen Einrichtungen tätigen Mitarbeiter_innen wurde hierbei besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Im Ergebnis ergab sich für die Stadtverwaltung die Aufgabe, die Kommunikations- und Entscheidungswege noch einmal zu prüfen, gegebenenfalls zu verändern und zu vereinfachen. Darüber hinaus will sie klären, wie die Erreichbarkeit der Verantwortlichen in den beteiligten Teilen der Stadtverwaltung außerhalb von Bürozeiten wenn das Gros der eingemieteten Veranstaltungen stattfindet sichergestellt werden kann. Der Klärungsprozess zur Einbindung des Stadtrates in die Rufbereitschaft steht noch aus.

Fazit:

Mit Unterstützung durch das Mobile Beratungsteam wurde ein Weg gefunden, dass öffentliche Räume der Stadt Werdau für politische Veranstaltungen durch demokratische Akteur_innen auch zukünftig nutzbar sind unter gleichzeitigem Ausschluss von Veranstaltungen mit antisemitischen, rassistischen und (neo-)nazistischen Charakter.

Jens Paßlack Mobiles Beratungsteam / Regionalbüro Südwest

PÄDAGOGISCH KOMPETENT? MIT RECHTEN JUGENDLICHEN?

Im Rahmen des Projektes Werkstatt Junge Demokratie organisierten wir 2013/2014 eine Fortbildungsreihe unter dem Titel "Pädagogisch kompetent? Mit rechten Jugendlichen?" zu der wir Jugendsozialpädagog_innen aus der Region Westsachsen einluden.

Schwerpunkte waren:

- die Diskussion und Erweiterung von Handlungsspielräume in der pädagogischen und sozialen Arbeit,
- · die Reflexion des eigenen Handelns,
- ein Perspektivengewinn im Spannungsfeld (Neo-)Nazismus und Ideologien der Ungleichwertigkeit sowie
- ein Perspektivengewinn in Hinblick auf den Umgang mit den Zielgruppen vieler Jugendsozialarbeiter_innen zu diskutieren.

Dabei stand der vom Kulturbüro Sachsen e.V. vertretene Ansatz des Empowerment von nicht-rechten Jugendlichen im ländlichen Raum im Mittelpunkt. Ziel war demnach einen Fokuswechsel der Teilnehmenden zu diskutieren. Jugendsozialarbeiter_innen arbeiten oftmals defizitorientiert und nehmen hierbei rechte Jugendliche in den Blick. Vergessen wird häufig, dass das dazu führt, dass engagierte, menschenrechtsorientierte Jugendliche oder gar potenziell Betroffene rechter Gewalt, nicht nur in einer Umwelt leben müssen, in der rassistische oder neonationalsozialistische Jugendliche und junge Erwachsene in der Mehrzahl sind, sondern in der sich auch ein großer Teil der Erwachsenenwelt um diese Rechten dreht. Das zeitigt, so unsere Erfahrungen, nicht nur Auswirkungen auf die Lebensqualität und Beteiligungsmöglichkeiten nichtrechter Jugendlicher sondern auch auf die jeweilige politische Kultur des gesamten Gemeinwesens.

Die Mitarbeiter_innen des Projektes Werkstatt junge Demokratie strukturierten drei aufeinander abgestimmte Module, in denen wir und andere Expert_innen die Teilnehmenden informierten, weiterbildeten, mit ihnen diskutierten und einzelne Situationen, Probleme und Arbeitskontexte reflektierten. Inhaltlich fokussierten wir die Auseinandersetzung mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, das Empowerment von menschenrechtsorientierten Jugendlichen, die kritische Auseinandersetzung mit dem Ansatz der akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen und die Grenzen der sozialen Arbeit. Wir reflektierten praktizierte Methoden und vermittelten so Kompetenzen, die die Teilnehmenden befähigen, beispielsweise später selbst im Team kollegiale Fallberatungen durchzuführen. Im Anschluss durchlief die Gruppe eine zwei Tage dauernde Zukunftswerkstatt. Deren Ergebnis war die gemeinsame Entscheidung, einen Facharbeitskreis von Sozialpädagog innen zu etablieren, in dem weiter am Thema gearbeitet wird und die Möglichkeit besteht, mit Kolleg_innen regelmäßig ins Gespräch zu kommen sowie die eigene Arbeit zu reflektieren und sich weiterzubilden.3 Im Mai 2014 führten wir eine Abschlussveranstaltung durch. Diese war thematisch der Evaluation der

Fortbildungsreihe und der Übergabe der Zertifikate gewidmet. Zum Abschluss luden wir einen Referenten des Informationsnetzwerks NSU-watch ein, der die Geschichte des Terrornetzwerks des Nationalsozialistischen Untergrunds vorstellte und insbesondere über die Region Landkreis Mittelsachsen, Landkreis Zwickau und die Stadt Chemnitz, in der fast alle Teilnehmenden arbeiten,) informierte.

Die Feedbacks der Teilnehmer_innen waren durch weg positiv. Der Perspektivwechsel gelang den meisten Teilnehmer_innen. Alle nahmen neue Anregungen für ressourcenorientiertes Arbeiten mit.

Die Entscheidung der Gruppe, nach Ende der Fortbildung den Austausch in einem Facharbeitskreis zu verstetigen ist ein weiterer positiver Effekt, der über den Projektzeitraum hinaus wirkt.

Besonders danken möchten wir der AKTION MENSCH, der Sebastian Cobler Stiftung für Bürgerrechte und der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika, die die Veranstaltungsreihe finanziell unterstützten. Besonders gefreut haben wir uns über die zweimaligen Besuche durch Vertreter_innen der amerikanischen Botschaft bzw. des Konsulats in Leipzig. Diese Form der Aufmerksamkeit und Wertschätzung bestärkte uns in unserem weiteren Tun enorm.

Susanne Feustel / Ina Lorenz Werkstatt Junge Demokratie



Nach mehr als 8 Monaten ging am 14. Mai die Fortbildungsreihe "Pädagogisch kompetent? Mit "rechten" Jugendlichen" in Limbach-Oberfrohna zu Ende. Im Jugendhaus "Area 23" Rußdorf wurden die Zertifikate von John Kastning (Leiter der Abteilung Inneres der Botschaft der USA) und Grit Hanneforth (Geschäftsführerin des Kulturbüro Sachsen e.V.) feierlich übergeben.

NEUNZEHN NAMEN AUS NEUNZEHNTAUSEND

EIN FORSCHUNGS- UND AUSSTELLUNGSPROJEKT

"Am Mittwoch, 14.11., die Vereidigung: ›Treue dem Führer und Reichskanzler Adolf Hitler. [...] Die Zeremonie, kalt und formell wie möglich, dauerte keine zwei Minuten. Man sprach dem Rektor im Chor nach, der vorher heruntergehaspelt hatte: ›sie schwören ewige Treue; ich bin verpflichtet, Sie auf Heiligkeit des Eides aufmerksam zu machen. und hinterher: ›Sie haben Ihren Eid auf Formular zu unterzeichnen. Und: ›Ich schließe mit dreifachem Sieg-Heil. Er schrie: ›Sieg‹ und der Chor brüllte: ›Heil!‹ und drängte zu den Formularen [...]"

So beschrieb Victor Klemperer in seinen Tagebüchern "Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten" die gespenstische Atmosphäre, in der im November 1934 die versammelte Dozentenschaft der Technischen Hochschule Dresden ihr Aufgehen im NS-Staat auch symbolisch vollzog. Einer von ihnen war Otto Oesterhelt, außerordentlicher Professor für Höhere Geodäsie und Katasterkunde, der einen starken Einfluss auf diese Entwicklung hatte.

Bereits im Jahr 1930 war Oesterhelt der NSDAP beigetreten und saß für diese im Stadtrat Dresdens; allerdings führte er zu diesem Zeitpunkt noch einen anderen Namen: Gotthold Israel. Rasch wechselte er diesen nach der Machtergreifung der Nationalsozialist_innen, wohl um den damit verbundenen Schwierigkeiten beim Aufstieg im Parteiapparat aus dem Weg zu gehen. Sein Plan funktionierte: Noch im Jahr 1933 wurde er zum Obmann der Hochschulfachschaft des Nationalsozialistischen Lehrerbundes ernannt. In seiner Doppelfunktion als Stadtrat und Obmann des NS-Lehrerbundes bemühte er sich im Januar 1934 darum, die Gauleitung der NSDAP in den Prozess der Ernennung des Hochschulsenats einzuschalten und somit eine der letzten autonomen Entscheidungen der Hochschule zu opfern: Das proklamierte Führerprinzip war nun vollends an der TH Dresden umgesetzt.

Dieses Engagement brachte auch Vorteile für sein akademisches Fortkommen. Vom Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, sowie vom Reichsministerium für Volksbildung

wird Oesterhelt im Jahr 1935 zum ordentlichen Professor ernannt. Der Ernennung folgten die Führerschaft des NS-Dozentenbundes an der TH Dresden sowie der Aufstieg in die Kreisamtsleitung der NSDAP. "In diesen Funktionen spielte Oesterhelt eine zunehmend wichtige Rolle in Berufungsverfahren und bei der Ernennung der Rektoren. Gleichzeitig führten seine Aktivitäten zu einer immer stärkeren institutionellen Einbindung der TH Dresden in die Strukturen des NS-Staates." Von 1941 bis zum Bombardement Dresdens am 13. Februar 1945 leitete Oesterhlet außerdem das Geodätische Institut der TH Dresden. Der Tod ereilte Prof. Oesterhelt im Großen Garten – ein Baum erschlug ihn.

Die Biografie Oesterhelts ist eine von vielen, die zeigt, dass an besagtem Tag ein breites Spektrum an Personen zu Tode kam. Oesterhelt repräsentiert eine universitäre nationalsozialistische Biografie, verschränkt mit den Ausschlüssen jüdischer Lehrender an der TH Dresden und der Ideologisierung des Lehrbetriebs und der Studierendenschaft. Seine Biografie zeigt deutlich die Widrigkeiten des Erinnerns an die Verstorbenen des 13. Februar in Dresden, wenn die Schicksale jüdischer Zwangsarbeiter_innen beispielsweise mit denen nationalsozialistischer Eliten, Partei-, SS- und Gestapo-Angehöriger auf einen Punkt reduziert werden: das Bombardement. Die Vorgeschichte der jeweiligen Personen macht einen Unterschied im Erinnern nötig. Dies ist das Anliegen des Ausstellungsprojekts Neunzehn Namen aus Neunzehntausend, das durch die Aufarbeitung unterschiedlichster Biografien einen Beitrag zur Differenzierung und Entmythisierung dieses Datums leistet.

Die Ausstellung Neunzehn Namen aus Neunzehntausend eröffnet in der ersten Jahreshälfte 2016.

Kathrin Krahl und Tim Hexamer Projekt Neunzehn Namen aus Neuzehntausend

4-Victor Klemperer: Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933-1945, 1. Band. S. 163. Berlin 1995.

5-Vgl. Uwe Fraunholz, Swen Steinberg, Stefan Beckert, Florian Eichkorn, Ulrike Marlow, Stefan Weise: [Mit]gemacht? Technik- und Naturwissenschaftler der TH Dresden im Nationalsozialismus, Dresden 2012, S. 43.



Am 3. Juni fand im Rahmen des Deutschen Kinderund Jugendhilfetags "24/7 Kinder- und Jugendhilfe. viel wert. gerecht. wirkungsvoll." in Berlin die
Preisverleihung des Hermine Albers Preises statt.
Während der sehr interessanten bis kurzweitigen
Veranstaltung erhielt das Projekt "Werkstatt Junge Demokratie" "- zum Empowerment von menschenrechtsorientierten Jugendlichen im ländlichen
Raum Sachsens - des Kulturbüro Sachsen e.V. den
Anerkennungspreis in der Kategorie Praxispreis der
Kinder- und Jugendhilfe. Ulrike Werthmanns-Reppekus, Vorsitzende der Jury zur Vergabe des Kinder
– und Jugendhilfepreises 2014 würdigte in ihrer das
Projekt als sehr wertvollen Ansatz. Unser, während
der Preisverleihung postulierter Paradigmenwechsel in der Jugendsozialarbeit - weg vom defizit- hin
zum ressourcenorientierten Ansatz als Kernidee der
"Werkstatt junge Demokratie" - wurde mit viel Applaus und positiven Rückmeldungen honoriert.

WIE WIRKEN WIRKSIEGEL?

Der Ansatz, mit zertifizierten Siegeln auf die besondere Qualität eines Produkts oder einer Dienstleitung hinzuweisen, ist ursprünglich als Instrument der Verbraucher-Kommunikation entstanden. Seit das bewusste Einkaufen nach Ethik-Kriterien aus der Nische von Dritte-Welt-Läden und Reformhäusern heraustrat und in Supermärkten und Discountern Einzug hielt, kann man von einer regelrechten Inflation an Siegeln sprechen. Der mündige Konsument soll zielgerichtet am Regal entscheiden können, ob und wie er mit seiner Kaufentscheidung zu einer "besseren Welt" beiträgt.

Das seit 2010 vergebene "Wirksiegel für Demokratie" von PHINEO kann man in diesem Sinne durchaus als Information an die (potentiellen) "Kunden" des Kulturbüros verstehen, dass sie mit der Mobilen Beratung eine professionell verlässliche und kompetente Dienstleistung erhalten. Das PHINEO-Wirksiegel ist allerdings vom Ansatz her primär an eine andere Bezugsgruppe gerichtet: es ist vorrangig aus Gründen der Kapitalmarkt-Kommunikation entstanden.⁶ In Zeiten knapper Kassen und unübersichtlicher Verhältnisse bei den Initiativen wird es für potentielle Geldgeber nämlich immer schwerer, die richtige Adresse für ihr finanzielles Engagement zu finden. Das betrifft nicht nur problemorientierte Spender, die sich fragen, welcher Initiative sie ihre Gunst am besten geben könnten, sondern alle Mittel- und Zuschussgeber aus dem privaten und öffentlichen Raum, wenn sie Entscheidungen über die "richtige Adresse" treffen müssen. Im Kampf um die chronisch knappe Ressource Geld ist daher ein Qualitätssignal nützlich, mit dem signalisiert wird: Hier förderst du effektiv. Hier werden deine Mittel richtig eingesetzt.

Leider ist es so, dass gegen die schöne Idee von Siegeln verschiedene Kritik vorgebracht wird. Überall lauern sozusagen Skeptiker, die meinen, dass der Ansatz Augenwischerei darstellt. Schauen wir uns daher kurz die wesentlichen Kritikpunkte an und versuchen, die Skepsis zu entkräften.

Man blickt ja gar nicht mehr durch bei all den Siegeln.

Es ist sicher richtig, dass man bei der Vielzahl an Siegeln nur noch schwer durchschaut, was jedes einzelne aussagt und bezwecken soll. Einer druckfrischen Abschlussarbeit auf meinem Schreibtisch entnehme ich, dass es alleine in Tschechien 36 Verbraucher-Siegel nur für Veganer gibt. Doch dieses Wirrwarr betrifft primär die Verbraucher-Kommunikation. Hier fühlen sich insbesondere Spontankäufer überfordert, die ohne nähere Kenntnis der Siegelwelt ratlos vor den Regalen stehen. Da das "Wirkt"-Siegel aber primär auf den Kapitalmarkt zielt, gelten andere Bedingungen. Hier ist man in der Regel gut informiert, es wird detailliert geprüft, abgewogen und überlegt entschieden. Und man kann die Relevanz eines Siegels leichter einschätzen: Gerade beim PHINEO-Siegel ist es dank der gebündelten Kraft der Siegel-Gesellschafter⁷ auch so, dass es sich wohl im Markt der Möglichkeiten durchsetzt und zu einem Leitsiegel zur Beurteilung von gesellschaftlichen Initiativen wird. Man muss es also ohnehin kennen.

Geprüfte Inhalte sind nur Minimalstandards.

Man muss klar betonen, dass es nicht Sinn und Zweck von Siegeln ist, nur die "Besten" auszuzeichnen, sondern es soll eine Garantie für die Einhaltung bestimmter Minimalstandards geben. Manchmal sind diese Standards freilich sehr minimal und geraten dann in heftige Kritik. Besonders skurril wirkt es dabei, wenn Organisationen schon Siegel-Punkte erhalten für eine Aussage wie: "Wir verpflichten uns, die Gesetze einzuhalten."

Wie hoch die Messlatte beim PHINEO-Siegel liegt, kann man bei einer Durchsicht der untersuchten Kriterien selbst beurteilen. Die acht Beurteilungskriterien für Organisation und Wirkung erscheinen insgesamt recht sinnvoll, vor allem sind sie transparent und für die Hauptzielgruppe eine relevante Erstinformation. Die Kriterien bestätigen dabei nicht nur die Einhaltung eines Minimums, sondern werden auch in fünf Abstufungen bewertet, so dass man sich einen Eindruck darüber verschaffen kann, in welchen Aspekten das Mobile Beratungsteam des Kulturbüros besonders gut abschneidet. Die Qualität von Ansatz und Konzept weiß dabei etwa besonders zu überzeugen.

Die zwei Kriteriengruppen der PHINEO-Analyse:
A: Einschätzung des Wirkungspotenzials des Projektes:

Ziele und Zielgruppen,

- Ansatz und Konzept sowie

B: Einschätzung der Leistungsfähigkeit der Organisation:

Bei der Begutachtung wird doch nur getrickst.

Fraglos ist es überall gleich, egal ob in einer mexikanischen Kooperative von Kaffeebauern, in einer Näherei in China oder bei der Evaluierung einer Exzellenzinitiative: Wenn "die Inspektoren kommen", wird alles gewienert, herausgeputzt und schön eingefärbt, damit ein möglichst blendender Eindruck hinterlassen wird. Danach geht es dann im üblichen Trott weiter, so die Kritik.

Im üblichen Rahmen gehört das Ritual der Beschönigung natürlich zum Verfahren. Jeder weiß das und halbwegs erfahrene Evaluationsteams lassen sich dabei auch nicht wirklich blenden. Hinterlistige Tricks und Täuschungen bis hin zu Bestechung und Fälschungen von Unterlagen sollten jedenfalls nur dort vorkommen, wo im Grunde gar kein ernstes Interesse am Prozess der Zertifizierung vorhanden ist. Wie hoch und ernsthaft das Interesse aller Beteiligten demgegenüber gerade beim PHINEO-Siegel sein muss, kann man schon bei kurzer Lektüre des wissenschaftlichen Analyseverfahrens ermessen, das jedermann im Internet nachlesen kann. Es ist eine umfassende, mehrstufige Analyse des Umfeldes und der Initiative selbst vonnöten, was sich als Expertenarbeit über viele Monate hinziehen kann. Schwer vorstellbar, dass dabei irgendwelche Informationen übersehen werden. Viel mehr kann man eigentlich nicht erwarten – ein vorbildliches Verfahren.

⁶⁻Das kann man durch ein kleines Studium des Internetauftritts von PHINEO lernen, insbesondere die Zusammensetzung der GesellschafterInnenstruktur:

Es findet keine externe Validierung statt.

In der Tat sind die meisten Zertifizierungen ein bilateraler Akt zwischen dem Siegelgeber und dem Siegelnehmer mit dem Ziel, Vertrauen bei Dritten herzustellen. Hinter der Zertifizierung werden dabei allerlei Abmachungen vermutet, insbesondere wenn die Siegelerteilung für beide Seiten einen ökonomischen Mehrwert darstellt: Es öffnet sich ein weites Feld von Spekulationen und daher steht "externe Validierung" stets ganz oben auf der Kritikliste an Siegelerteilungen. Vor allem im Textil-Sektor wurden dazu sogenannte Third-Party-Organizations ins Leben gerufen, die als unabhängige Instanzen die Validität von internen Zertifizierungen zumeist stichprobenartig und unangemeldet überprüfen. Aber braucht man so etwas auch für PHINEO? Der Hintergrund ist hier ja, dass potentielle Geldgeber eine Orientierung bekommen sollen und PHI-NEO selbst für diese Zielgruppe schon als eine vertrauenswürdige Prüfinstanz konstruiert wurde - mit zwei großen Wirtschaftsprüfungs-Gesellschaften und einschlägigen Stiftungen als Gesellschaftern. Die externe Validierung ist so zumindest für die zentrale Zielgruppe des Siegels schon mit eingebaut.

Da stecken doch nur irgendwelche Interessen dahinter.

Selbstredend stecken immer irgendwelche Interessen hinter Projekten, in denen es um Geld geht. Dieser Tatbestand wäre nur dann bedenklich, wenn die Interessen nicht transparent wären. Im vorliegenden Fall liegen die Karten jedoch offen auf dem Tisch: An bestimmten gemeinnützigen Themen interessiertes Geld soll mit thematisch passenden Initiativen effektiv zusammengebracht werden. Etwas subtiler kann man natürlich nachfragen, warum es gerade die 14 von PHINEO ausgewählten Themenbereiche sind, für die bestimmte Projekte empfohlen werden, u.a. das "Engagement gegen Rechts" mit derzeit 17 Projekten. Das ist natürlich ein grundlegendes Problem mit der Philanthropie: Die Förderer entscheiden über die Themen, die sie fördern wollen. Freuen wir uns also darüber, dass Initiativen gegen Rechts darunter sind.

Da werden doch nur Gebühren fürs Siegel abgezockt.

Wie steht es auf der Webseite von PHINEO: "In Deutschland gibt es zwei Spendensiegel – eines davon ist das Wirkt-Siegel. Es ist kostenfrei." Aber wer zahlt dann die Zeche für den aufwendigen Evaluierungsprozess? Die Idee ist wie die neue Regel für Immobilien-Makler, das Bestellerprinzip: Wer bestellt, zahlt. In diesem Falle sind es die Finanzmarkt-Intermediäre, die für bestimmte Kunden (Anleger, Spender) die effektivsten Projekte identifizieren wollen. Das Siegel erspart so die üblichen Suchkosten.

Man sieht: Das "Wirkt-Siegel" von PHINEO braucht die einschlägig bekannten Vorwürfe gegen Siegel nicht fürchten. Es hat für die gedachte Zielgruppe eine relevante und valide Erstinformation zu bieten. Wer will, kann sich in jeder Hinsicht transparent mit ein paar Mausklicks informieren, insbesondere über das Verfahren, die Hintergründe und viele Details von Finanzierungen – was auf dem Feld gemeinnütziger Initiativen einen großen Fortschritt darstellt. Dazu sind auch alle sonstigen Interessenten jenseits

potentieller Geldgeber herzlichst eingeladen. Denn Siegel sind entgegen landläufiger Meinung nicht etwas, was als endgültige Feststellung "da steht", sondern ein dynamisches Instrument, mit dem man ständig arbeiten muss, um sich weiter zu entwickeln. Dann wirken sie erst richtig. Eines darf man freilich nicht übersehen. Gemeinnütziges Engagement wird mit einem "Wirk-Siegel" künftig wohl weniger nach den guten Absichten der Handelnden beurteilt, sondern eben nach der Wirkung. Der "Impact-Factor" soll stärker die Mittelverteilung steuern – Willkommen im Wettbewerb.

Prof. Dr. Albert Löhr TU Dresden – IHI Zittau



Das Kulturbüro Sachsen e.V. erhielt 2013 das Wirksiegel des unabhängigen, gemeinnützigen Analyse-und Beratungshauses PHINEO für wirkungsvolles gesellschaftliches Engagement.

TAGUNGEN

ALLES IM WEISSEN BEREICH?

In Kooperation mit dem Bildungswerk Weiterdenken der Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen und dem Antidiskriminierungsbüro Sachsen e.V. fand am 7. Februar 2014 die Tagung "Alles im weißen Bereich? Institutioneller Rassismus in Sachsen" statt. Unterstützt wurde die Veranstaltung darüber hinaus von der Amadeu-Antonio-Stiftung, dem Sächsischen Flüchtlingsrat e.V., dem Forum für Kritische Rechtsextremismusforschung und durch das Deutsche Hygiene Museum Dresden. Es war bereits die fünfte Tagung in Folge, die das Kulturbüro Sachsen e.V. gemeinsam mit dem Bildungswerk Weiterdenken jährlich zu Fragen der Demokratie in Sachsen veranstaltet. Mehr als 200 Teilnehmer innen folgten der Einladung und diskutierten in unterschiedlichen Workshops zu Bereichen von institutionellem Rassismus in Sachsen. Die Kategorien des Institutionellen Rassismus und der Institutionellen Diskriminierung bieten eine Perspektive, um Ausgrenzungsmechanismen und Benachteiligungen sichtbar zu machen, die auf Grundlage von einer konstruierten Zugehörigkeit reproduziert werden. Diese zeigen sich in Institutionen z.B. durch Gesetze, Erlasse, Regeln oder Verfahrensweisen zur Absicherung von Privilegien der Mehrheitsgesellschaft.

VERNETZT FÜR EINE STARKE DEMOKRATIE IN TORGAU

Bereits zum fünften Mal trafen sich Angehörige der Polizei, verantwortliche Haupt- und Ehrenamtliche aus den christlichen Kirchen sowie Mitglieder zivilgesellschaftlicher Gruppen und Initiativen zum Austausch, wie dem erstarkenden Rechtsextremismus in ihrer Region gemeinsam begegnet werden kann. Der Fachtag "Nächstenliebe – Polizei - Gesellschaft: Vernetzt für eine starke Demokratie" fand im Jahr 2014 am 31. Januar im nordsächsischen Torgau statt. Erneut zeigte sich, wie wichtig es ist, dass Engagierte für Demokratie sich Wissen über das Thema Neonazismus aneignen. Gleichzeitig ist es notwendig, dass sich Verantwortliche, Mitarbeitende und engagierte Menschen aus den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen über Partei- und Konfessionsgrenzen hinweg gegenseitig wahrnehmen und kennenlernen. Das Kulturbüro Sachsen e.V. fördert mit der Organisation des jährlichen Fachtags das Ziel, diesen Dialog zwischen Polizei, Kirche und Zivilgesellschaft zu dem Themenbereich Demokratie und ihre Gefährdungen zu verstärken und auszubauen.

DEMOKRATIE - JETZT ODER NIE!

Am 10. Mai 2014 veranstaltete das Kulturbüro Sachsen e.V. in Kooperation mit dem Landesbüro Sachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung sowie dem Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte der Technischen Universität Dresden die Fachtagung "Demokratie – jetzt oder nie!" 25 Jahre nach der "Friedlichen Revolution". Auf der

Tagung diskutierten Ulrike Poppe, Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur und Andreas Schurig, Sächsischer Datenschutzbeauftragter ihre subjektiven Sichtweisen auf die Geschehnisse von 1989. In drei Workshops vertieften Studierende der TU Dresden mit den Teilnehmenden unterschiedliche Facetten des politischen Umbruch im Jahr 1989 und die Implikationen, die sich daraus für heutige Fragestellungen ableiten lassen.

ASYL IN SACHSEN

Am 8. November 2014 fand zum dritten Mal die Tagung "Asyl in Sachsen" in der Evangelischen Hochschule in Dresden statt. Anliegen war und ist die Vernetzung von Menschen und Initiativen, die sich in Sachsen für geflüchtete Menschen engagieren. In diesem Jahr nahmen mehr als 210 Personen teil.

Pfarrerin Dietlind Jochims beleuchtete in ihrem Vortrag strukturellen Rassismus in bundesdeutschen Verwaltungen. Aus ihren Erfahrungen der Selbstorganisation von Flüchtlingen berichtete die Aktivistin der Gruppe "Women in Exile" Damarice Okore. Zuletzt protestierte "Women in Exile" mit einer Bootstour gegen die teilweise katastrophalen Bedingungen für geflüchtete Menschen in Gemeinschaftsunterkünften. Petra Schickert vom Kulturbüro Sachsen e.V. lenkte den Blick auf die Möglichkeiten der Unterstützung für Flüchtlinge durch lokale Initiativen.

In anschließenden Vertiefungsrunden verständigten sich die Teilnehmenden intensiv zu folgenden Themen: Rassistische Mobilmachungen und mögliche Gegenaktionen, Traumatisierungen geflüchteter Menschen, Grundlagen des Asylverfahrens, Selbstorganisation von Flüchtlingen, Unterbringung in Sachsen, Entlastungsstrategien in der ehrenamtlichen Arbeit sowie zu Asyl im ländlichen Raum. Das Abschlussplenum verdeutlichte den Wunsch nach Fortsetzung dieser gelungenen Veranstaltung mit vielen Engagierten im kommenden Jahr.





VERANSTALTUNGEN

DIE SCHATTENSEITE DES NEUEN DEUTSCHLANDS.

Migration als ständig stattfindenden Normalzustand in der Menschheitsgeschichte zu begreifen, der unsere Gesellschaft als solche überhaupt erst hervorgebracht hat, war eines der Ziele der Sonderausstellung "Das neue Deutschland. Von Migration und Vielfalt". Das Kulturbüro Sachsen e.V. arbeitete am Begleitprogramm der Ausstellung im Deutschen Hygiene Museum mit. Insgesamt fünf Veranstaltungen zur "Schattenseite des neuen Deutschland" wurden konzipiert und durchgeführt. Die Teilnehmenden diskutierten die Bedeutung von Rassismus für die davon Betroffenen und wie man diese unterstützen kann, welche gesellschaftlichen Begründungen sich dafür finden lassen und was aus ihnen folgt.

ANTIFASCHISMUS ALS FEINDBILD

Am 8. Mai 2014, dem Jahrestag der Befreiung Europas vom Nationalsozialismus, führte das Kulturbüro Sachsen e.V. eine Podiumsdiskussion unter dem Titel "Antifaschismus als Feindbild: Der Prozess gegen den Pfarrer Lothar König" im Gemeindesaal der Jüdischen Gemeinde in Dresden durch. Im Jahr 2013 eröffnete das Dresdner Amtsgericht ein Verfahren gegen den Jenaer Pfarrer Lothar König, das laut Anklage mit einer mehrjährigen Haftstrafe enden sollte. König wird vorgeworfen, er habe eine Menge zu Gewalttaten gegenüber der Polizei angestachelt. Nach sieben Verhandlungstagen wurde das Verfahren im Juli 2013 ausgesetzt, nachdem zurückgehaltenes Beweismaterial im Prozess auftauchte. Offenbar wurde gegen Lothar König einseitig ermittelt, um mit ihm eine Leit- und Symbolfigur tätigen Widerstands gegen heutige Nazis zu treffen.

BULLERBÜH IN BRAUN

Neonazis sind zunehmend auch Eltern. Ihre Kinder haben einen Anspruch auf Betreuung in Kindertagesstätten. Wie und warum muss meine Einrichtung / Kita mit Rassismus und Diskriminierung, mit menschenfeindlichen Einstellungen und Nazis umgehen? Das war die Fragestellung einer Fachkonferenz, die das Kulturbüro Sachsen e.V. am 14.10.2014 veranstaltete. Zahlreiche Pädagog_innen, Erzieher_innen und Studierende der Sozialen Arbeit im frühkindlichen Bereich folgten der Einladung und tauschten zahlreiche Erfahrungen und Perspektiven aus. Erste gemeinsame Schritte zur Auseinandersetzung mit den Problemlagen konnten verabredet werden.



PUBLIKATION 2014 – EINE AUSWAHL

VOM KOPF AUF DIE FÜSSE

Seit mittlerweile mehr als 20 Jahren werden insbesondere im Osten Deutschlands unterschiedliche Ansätze und Methoden der Jugendarbeit mit "rechten", "rechtsextremen" oder "rechtsaffinen" jungen Menschen gefördert. Häufig wird speziell Jugendarbeit bei immer knapperen Kassen von politischen Verantwortungsträger_innen aufgefordert, ein "rechtes Jugendproblem" im Ort "zu lösen". In dieser Publikation wird aufgezeigt, wie Jugendarbeit funktionieren kann, ohne sich an rechten Jugendlichen abzuarbeiten, und mit welchen Methoden und Möglichkeiten diejenigen gefördert und gestärkt werden können, die sich demokratisch und menschenrechtsorientiert positionieren.

Das Empowerment von menschenrechtsorientierten Jugendlichen macht sie in der Kommune sichtbarer und würdigt deren Engagement. Sie werden ermutigt, ihr eigenes Lebensumfeld aktiv und kreativ zu gestalten. Menschenrechtsorientierte Jugendgruppen können so innerhalb der lokalen Jugendkultur eine attraktive Alternative zu den rechten Angeboten bilden. Langfristig kann demnach gerade die Arbeit mit nicht-rechten Jugendlichen dazu führen, dass der organisierte Neonazismus zurück gedrängt wird.



Die Publikation ist abrufbar unter: http://kulturbuero-sachsen.de/images/PDF/WJD-Abschlussdoku.pdf



ALLES IM WEISSEN BEREICH?

Rassismus in seinen unterschiedlichsten Ausprägungen gefährdet das friedliche Zusammenleben in demokratischen Gesellschaften. Auf individueller Ebene führt er zur Diskriminierung, Ausgrenzung, Bedrohung und Gewalt gegen die Betroffenen. Nicht erst seit der Selbstaufdeckung der terroristischen Vereinigung "Nationalsozialistischer Untergrund" (NSU) gewinnt auch der Begriff des institutionellen Rassismus in Deutschland zunehmend an Bedeutung. Die Versäumnisse von Verfassungsschutz und Polizei bei den Ermittlungen im Fall des NSU lassen auf strukturelle Blindheit von Institutionen gegenüber rassistischen Motiven bei Straftaten schließen. Auch in anderen Organisationen und Institutionen findet sich Rassismus. Im Tagungsband, herausgegeben durch das Kulturbüro Sachsen e.V. in Zusammenarbeit mit dem Bildungswerk Weiterdenken – Heinrich Böll-Stiftung Sachsen und dem Antidiskriminierungsbüro Sachsen e.V., wird institutioneller Rassismus in seinen theoretischen und praktischen Dimensionen sowie seiner Relevanz für die Gefährdung einer demokratische Gesellschaft beleuchtet. Die Beiträge analysieren anhand konkreter Beispiele Gründe und Strukturen von institutionellem Rassismus, benennen Akteur_innen und beschreiben Strategien zu dessen Bewältigung.

SACHSEN RECHTS UNTEN

Das Kulturbüro Sachsen e.V. veröffentlichte am 30. April 2014 unter dem Titel "Sachsen rechts unten. Aktuelle Beispiele zur Verankerung organisierter Neonazis 2014" eine Einschätzung zur Verfasstheit der organisierten Neonazi-Szene in Sachsen. An vier Regionalbeispielen werden die kommunale Verankerung der NPD und parteiungebundener Neonazis sowie deren Kampagnen und Aktionsformen analysiert. Die Publikation steht als PDF im Download-Bereich auf der Homepage des Kulturbüro Sachsen e.V. zur Verfügung [http://www.kulturbuero-sachsen.de/images/PDF/Sachsen_rechts_unten_2014.pdf].



Starke Kinder in Sachsen

Martin Dulg, Dr. Exa-Marin Stange (Hg.)

STARKE KINDER IN SACHSEN

Unterstützung und Hilfe für Kinder und Familien sind kein Akt der Barmherzigkeit. Vielmehr geht es um das Recht eines jeden Kindes, beste Startbedingungen im Leben vorzufinden. Politik kann dafür Rahmenbedingungen schaffen. In dem von Eva-Maria Stange und Martin Dulig herausgegebenen Buch "Starke Kinder in Sachsen" veröffentlichte Danilo Starosta vom Kulturbüro Sachsen e.V. einen Beitrag unter dem Titel "Starke Kinder sind emanzipiert in einer emanzipatorischen Gesellschaft".

ZUM ERFOLG VERDAMMT

Seit über 20 Jahren legen verschiedene Bundesregierungen unterschiedlich ausgerichtete Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus auf. Viele sinnvolle Projekte wurden unterstützt und gefördert. Netzwerke, Präventionsprojekte, Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus, Ausstiegshilfen, konnten aufgebaut und etabliert werden. Insbesondere in ländlichen und strukturschwachen Regionen wurden durch die Förderung Strukturen geschaffen, um rechtsextremem, antisemitischem und rassistischem Denken wirksam entgegentreten zu können. Grit Hanneforth, Geschäftsführerin des Kulturbüro Sachsen e.V. beschreibt in einem Beitrag in der Publikation "Zum Erfolg verdammt. Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus. Prävention und Intervention auf dem Prüfstand" Situation, Ergebnisse und Zukunftsvisionen der Arbeit gegen Neonazismus, Antisemitismus und Rassismus.

Die Publikation ist bestellbar unter: www.vielfalt-mediathek.de

URKUNDE

Die Amadeu Antonio Stiftung, die Freudenberg Stiftung und die Sebastian Cobler Stiftung würdigen das besondere Engagement für die Stärkung einer demokratischen Alltagskultur, den Schutz von Minderheiten und der Menschenrechte sowie gegen Ursachen und Folgen von Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus der Initiative

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V. und Kulturbüro Sachsen e.V.

Dresden, 7. November 2013



Dr. Dorothee Freudenberg Freudenberg Stiftung













Gemeinsam mit dem Sächsischen Flüchtlingsrat e.V. erhielt das Kulturbüro Sachsen e.V. im Herbst 2013 den Sächsischen Förderpreis für Demokratie. Ausgezeichnet wurde die gemeinsame Arbeit der beiden Träger zur Vernetzung der ehrenamtlichen Initiativen, die sich im Bereich Flucht & Asyl in Sachsen engagieren.

ANSPRECHPARTNER_INNEN IM KULTURBÜRO SACHSEN E.V.

Geschäftsstelle Bautzner Straße 45 01099 Dresden

Geschäftsführung

Grit Hanneforth

Telefon: 0351 -272 14 90 buero@kulturbuero-sachsen.de

Fachreferent

Michael Nattke

Telefon: 0351 - 563 555 39

michael.nattkeldkulturbuero-sachsen.de

Verwaltung, Büro- und Projektmanagement

Liane Römmermann Telefon: 0351 - 32 33 659

liane.roemmermann@kulturbuero-sachsen.de

MOBILE BERATUNG

Mobiles Beratungsteam Regionalbüro Mitte-Ost

Markus Kemper / Petra Schickert Telefon: 03501 - 58 22 89

mbt.mitte-ost@kulturbuero-sachsen.de

Mobiles Beratungsteam Regionalbüro Nordwest

Franz Hammer / Solvejg Höppner Telefon: 0341 - 25 668 000

mbt.nordwest@kulturbuero-sachsen.de

Mobiles Beratungsteam Regionalbüro Südwest

Jens Paßlack / Jane Felber Telefon: 0371 - 278 15 65

mbt.suedwest@kulturbuero-sachsen.de

WERKSTATT JUNGE DEMOKRATIE

DiadEM - Diversity und Empowerment

Susanne Feustel / Ina Lorenz Telefon: 0351 - 563 556 30

junge-demokratie@kulturbuero-sachsen.de

FACHCOACHING

Fachstelle Jugendhilfe Demokratiewerte gegen Rechtsextremismus

Danilo Starosta

Telefon: 0351 - 563 556 30

danilo.starosta@kulturbuero-sachsen.de

ERINNERUNGSKULTUR

Neunzehn Namen aus Neunzehntausend

Tim Hexamer 0351 - 500 54 16

tim.hexamer@kulturbuero-sachsen.de

DAS KULTURBÜRO SACHSEN E.V.

berät seit 2001 lokale Vereine, Jugendinitiativen, Kirchgemeinden, Netzwerke, Firmen sowie Kommunalpolitik und -verwaltung in Sachsen mit dem Ziel, neonazistischen Strukturen sowie Ungleichwertigkeitsdiskursen eine aktive demokratische Zivilgesellschaft entgegenzusetzen. Unsere Projekte erarbeiten Methoden und Inhalte, die bürgerschaftliches Engagement und konkretes Handlungswissen gegen Neonazismus bzw. Strukturen, die Ungleichwertigkeitsideologien unterstützen, stärken und so demokratische Alltagskultur in sächsischen Kommunen und Landkreisen verankern.

Um gelebte Demokratie nachhaltig etablieren zu können, müssen die Potenziale von Bürgerverantwortung stärker genutzt werden. Daher basiert die Arbeit des Kulturbüro Sachsen e.V. auf dem Prinzip des Empowerments. Dieser ressourcenorientierte Ansatz stärkt die Akteur_innen vor Ort und befähigt sie zur konstruktiven Veränderung ihrer Lebenswelt. Geleitet von dem Prinzip "Hilfe zur Selbsthilfe" und der Überzeugung, dass die Probleme mit den Menschen vor Ort besprochen und gelöst werden müssen, verstehen wir uns als Impulsgeber_innen, Moderator_innen und Begleiter_innen.

Um dieses Engagement auch zukünftig abzusicher, braucht es neben den Zuwendungen aus den Förderprogrammen auch die Unterstützung von Privatpersonen und Unternehmen. Unsere Fördergelder können nur dann abgerufen werden, wenn der Verein beachtliche Eigenmittel erbringt. Hinzu kommt, dass mit klar projektgebundener Förderung nicht flexibel auf aktuelle Entwicklungen und Ereignisse reagiert werden kann.

DESHALB:

UNTERSTÜTZEN SIE UNSERE ARBEIT MIT EINER SPENDE

IBAN: DE 288 5020 500000 3587 301

BIC: BFSWDE33DRE

Inhaber: Kulturbüro Sachsen e.V.

Verwendungszweck: Demokratieentwicklung

Wenn es Ihnen ein Anliegen ist, unsere Tätigkeit eher längerfristig zu begleiten und zu befördern, dann denken Sie darüber nach, ob eine Fördermitgliedschaft in unserem Verein die Variante ist, die besser zu Ihren Zielen und Ansprüchen passt.

Wir danken Ihnen für Ihre Spende! Ihr Kulturbüro Sachsen e.V.

www.kulturbuero-sachsen.de

NEWS UPDATE



IMPRESSUM

Redaktion: Kulturbüro Sachsen e.V.

Geschäftsstelle Bautzner Straße 45 01099 Dresden

Geschäftsführung Grit Hanneforth Telefon: 0351 -272 14 90 huero@kulturhuero-sachsen de

Januar 2015

Fotos: fotolia.com, fotocase.com, Kulturbüro Sachsen

Layout: HAMMERGEIGEROT